

SPARTACVS

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!
Antiimperialistisches Magazin der DKP Märkischer Kreis
- August 2020 -



Vossloh-Schwabe macht dicht

Traditionswerk wird nach Serbien verlegt

Das Lüdenscheider Traditions-Unternehmen wird den Standort Lüdenscheid schließen, davon berichteten die *Lüdenscheider Nachrichten (LN)*. In zwei Stufen soll den rund 120 Mitarbeitern Ende 2020 und im Frühjahr 2021 gekündigt werden. Die Produktion soll nach Serbien verlagert werden. Der Werkzeugbau soll mit allen Maschinen und Mitarbeitern an einen Werkzeugbau der Region verkauft werden. Die Mitarbeiter sollen für eine bestimmte Zeit einen fest zugesicherten Vertrag bekommen und Vossloh-Schwabe zuliefern. Im Werkzeugbau in Lüdenscheid sind dem Vernehmen nach derzeit noch ein gutes Dutzend Mitarbeiter beschäftigt.



Fachkräfte sollen für einen Zeitraum von zwei Jahren am neuen Standort in Serbien die neuen Mitarbeiter dort anlernen. Danach stehen diese Fachkräfte

dann wieder „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung“, wie es ja nach neuem Sprachgebrauch genannt wird – meiner Meinung nach eine Formulierung, die an Perversion kaum noch zu überbieten ist.

Der 1000 Mitarbeiter beschäftigende Konzern, der im Geschäftsjahr 2019 etwa 160 Millionen Umsatz erzielt hat, hatte bis Ende 2019 noch zum Panasonic-Konzern gehört, war dann aber an einen Fonds von Fidelium Partners übertragen worden. Fidelium ist nach Eigendarstellung im Internet – Kotzschale bereithalten! – ein „verlässlicher Partner für Unternehmen mit operativem Verbesserungspotenzial.“

Auf der Fidelium-Website heißt es weiter: „Mit Fokus und operativem Engagement investieren wir in Unternehmen und unterstützen diese in herausfordernden Situationen. Ob Effizienzsteigerungsmaßnahmen, Unternehmensnachfolge oder Ausgliederung aus einer größeren Gruppe: Wir

begleiten unsere Beteiligung aktiv auf dem Weg in die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit.“ und was das de facto bedeutet, ist klar: Gewinnmaximierung um jeden Preis um das Maximum an Profiten aus Unternehmen herauszupressen ohne Rücksicht auf Verluste. Und leidtragend sind dabei natürlich die Beschäftigten, die nur ihre Arbeitskraft einsetzen können. Wenn der dadurch erwirtschaftete Mehrwert in der momentanen Form des Kapitalismus (es ist der staatsmonopolistische, falls Sie nachschlagen wollen) im Wettbewerb zu niedrig ausfällt, wird ein Werk eben einfach dicht gemacht und Menschen landen in der Erwerbslosigkeit. Noch einmal in aller Deutlichkeit: Profite werden erwirtschaftet, sie sind solchen Konzernen, wie Fidelium, nur eben einfach nicht hoch genug. Das empört Sie? Uns auch aber das ist eben genau das kapitalistische Wirtschaftssystem, in dem wir leben und deshalb muss es auch weg!

Da das Werk in einem sogenannten „Schutzschirmverfahren“ steckt, dürfen die Mitarbeiter noch nicht einmal mit hohen Abfindungen rechnen.

Die Geschäftsleitung stellte einen „Performance-Fonds“ für die nächsten Monate in Aussicht, mit dem die Abfindungen aufgestockt werden könnten. Ein Fonds, der augenscheinlich die Belegschaft bei Laune halten soll – denn bis die Produktion in Serbien komplett funktioniert, ist Vossloh-Schwabe noch auf die Arbeitskräfte in Lüdenscheid angewiesen, schreibt die *LN*.

Georg A. Fotiadis, gestützt auf www.come-on.de

Das Argument der Straße

Franz Joseph Degenhardt dichtete, komponierte und sang 1967/68 das Lied „Da habt Ihr es, das Argument der Straße ...“. Hier beschreibt er die Wut der



aufkommenden antiautoritären und Ostermarsch-Bewegung gegen Rüstung, Atombewaffnung und für Abrüstung national und weltweit. Und heute? Keines dieser Probleme ist gelöst, unabhängig, was gewählt wurde oder nicht. Heute kommen aktuell die undemokratischen, nicht vermittelten, autoritär und aufgesetzten Maßnahmen und Beschränkungen angeblicher oder

tatsächlicher Bedrohungen durch das Coronavirus hinzu. Der Widerstand der Straße wird sich gegen „die da oben“ (vgl. Engelmann/Wallraff), gegen Krieg, Verarmung, Sozialabbau, Erwerbslosigkeit, Bildungsklau, Klimazerstörung, etc., verschärfen.

Ein gefährliches Gemisch !

Uwe Moldenhauer

Warum eine Partei

Auf der ersten Präsenz-Mitgliederversammlung der DKP Märkischer Kreis nach dem Shutdown wurde die Frage, warum eine kommunistische Partei notwendig ist, diskutiert. Selbstverständlich kommt man bei einer solchen Diskussion nicht zu einem spontanen Resultat sondern man wird noch so einige Abende damit füllen können aber zumindest konnten wir erfolgreich in die Diskussion starten.

Zum Ende hin wurde noch sehr lebhaft über die Schuldfrage der Mitläufer im Faschismus diskutiert. Auch diese Diskussion, wie überhaupt das Thema Faschismus wird uns noch eine ganze Weile beschäftigen aber es tat gut, sich mal wieder direkt mit den Genoss*innen austauschen zu können. Die Videokonferenzen sind zwar ok, sie können aber eine Mitgliederversammlung nicht wirklich ersetzen sondern bestenfalls als Ergänzung dienen.

Álvaro Cunhal, der von 1961-1992 Vorsitzender der Portugiesischen Kommunistischen Partei war, schrieb sechs Merkmale einer kommunistischen Partei nieder:

- 1. Völlige Unabhängigkeit von den Interessen, der Ideologie, dem Druck und den Drohungen der Kapitalkräfte**
- 2. Partei der Arbeiterklasse, der Werktätigen, der Ausgebeuteten und Unterdrückten**
- 3. Demokratisches Innenleben und einheitliche zentrale Leitung**
- 4. Zugleich internationalistisch und die Interessen des Landes verteidigend**
- 5. Zieldefinition ist der Aufbau einer Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete, einer sozialistischen Gesellschaft**
- 6. Trägerschaft einer revolutionären Theorie, des Marxismus-Leninismus, der die Erklärung der Welt ermöglicht und den Weg zu ihrer Veränderung aufzeigt**

Diese sechs Punkte dienen als Kompass um genau bestimmen zu können, ob eine Partei, die sich kommunistisch nennt, ihrem Anspruch auch gerecht wird.

Leider erklärt es noch nicht, warum man überhaupt die Organisation als Partei braucht. Es wird etwas klarer, wenn man Lenin hinzuzieht. Im Dezember 1900 schrieb er „Die dringenden Aufgaben unserer Bewegung“.

Hier ein paar Auszüge:

„Es wird [seitens der Führungen der sozialdemokratischen Bewegungen] behauptet, der ökonomische Kampf sei von überwiegender Bedeutung, die politischen Aufgaben des Proletariats werden in den Hintergrund gerückt, ...die Arbeiter hätten nur den wirtschaftlichen Kampf zu führen und die Politik den Intellektuellen und Liberalen zu überlassen. Diese Verkündung ... läuft geradezu darauf hinaus, das russische Proletariat für unmündig zu erklären...

Einerseits löst sich die Arbeiterbewegung vom Sozialismus los: man hilft den Arbeitern den Wirtschaftskampf führen, aber sie werden dabei gar nicht oder nur ungenügend aufgeklärt über die sozialistischen Ziele und die politischen Aufgaben der Bewegung als eines Ganzen.

Andererseits wird der Sozialismus von der Arbeiterbewegung losgelöst: russische Sozialisten beginnen von Neuem, immer mehr und mehr davon zu reden, dass den Kampf gegen die Regierung die Intellektuellen nur mit ihren eigenen Kräften zu führen hätten, denn die Arbeiter beschränkten sich einzig und allein auf den ökonomischen Kampf.“

Er führt dann drei Erscheinungen auf, zu denen diese Umstände geführt hätten, von denen ich die dritte für besonders wichtig halte:

„Drittens haben die Sozialdemokraten, die zersplittert in örtlichen kleinen Arbeiterzirkeln wirkten, nicht genügende Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Organisation einer revolutionären Partei gelenkt, die die gesamte Tätigkeit der Ortsgruppen zusammenfasst und die Möglichkeit schafft, die revolutionäre Arbeit richtig zu organisieren.“

Vernetzung, Bildung, Organisation, Vereinheitlichung, das sind wesentliche Gründe für die Notwendigkeit der Organisation als Partei und in unserem Sinne als kommunistische Partei, wie ich sie hier herauslese.

Georg A. Fotiadis

Kriegswaffenexporte boomen

Nach Angaben bzw. Anfragen von Sevim Dagleden, u.a. Bundesabgeordnete der Partei DIE LINKE, hat die Bundesregierung allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres für fast eine halbe Milliarde Euro Kriegswaffen verkauft. Das sind nahezu 40 Prozent mehr als im Jahr 2019; und das in einer Zeit, in der die Konflikte zunehmen.

Diese Politik der CDU/CSU und SPD ist absolut unverantwortlich. Wer sein eigenes Bekenntnis zu mehr internationaler Verantwortung ernst nähme, müsste diese Exporte von Kriegswaffen in alle Welt stoppen. Gerade mit den Kriegswaffenexporten an Ägypten und die Türkei befeuert die Bundesregierung die Konflikte am Mittelmeer und verletzt damit sogar die eigenen laxen Rüstungsexportrichtlinien in eklatanter Weise.

Wer Flüchtlingsströme glaubhaft verhindern will, muss gegen Krieg und Kriegsvorbereitung sein, denn Krieg ist die Fluchtursache Nummer Eins. Es gilt: Rüstungskonversion statt Militärproduktion!

Uwe Moldenhauer

Arbeiterklasse und Faschismus (Teil 1)

Lenin beschrieb zwei unterschiedliche Regierungsmethoden im Imperialismus; zum einen die Methode der Gewalt zur Ablehnung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, zum anderen die Methode des Betruges, des Liberalismus.

Der Kampf um den Maximalprofit unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen führt immer wieder zu Gewalt. Und auch der erste Weltkrieg trug dazu bei, dass eine entsprechende bürgerliche Ideologie entstand, eine neue Ideologie brutalster Machart, chauvinistisch und mörderisch.

Auf der anderen Seite stellte der erfolgreiche Kampf, z.B. für das allgemeine Wahlrecht, die Bourgeoisie und ihre politischen Ideologen sowie Interessensvertreter vor neue Herausforderungen, da die Absicherung ihrer Herrschaft durch das Bürger- und Kleinbürgertum nicht mehr ausreichte, so dass man versuchen musste, eine bürgerliche Massenbasis innerhalb der Arbeiterklasse herzustellen.

Die herrschende Klasse suchte nach Mitteln und Wegen, breite Kreise der Arbeiter für sich zu gewinnen ohne die Zerschlagung der Arbeiterbewegung aufzugeben. Keine der vorhandenen Organisationen war jedoch diesen Aufgaben gewachsen. Dies rief das Bedürfnis der Bourgeoisie nach einer Organisation hervor, die fähig sein würde, diese Doppelaufgabe zu lösen.

Sie entstand aus verschiedenen reaktionären Organisationen, die ihre Nützlichkeit für das Kapital unter Beweis zu stellen hatten. Die faschistische Partei wurde nicht gefunden, sondern sie entstand in einem Ausleseprozess.

Die Arbeiterklasse blieb jedoch ziemlich resistent gegenüber den faschistischen Ideen. Sie wählte die Partei Hitlers nicht und bei der Mitgliedschaft in der NSDAP war sie unterrepräsentiert.

Es war jedoch nicht die Furcht vor der Revolution, die das Kapital zur Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und zur Installation einer anderen Herrschaftsform, der offenen Gewaltherrschaft, führte, sondern erneut die Aggressivität des Imperialismus, die das Ziel der Weltherrschaft erforderte.

Der Faschismus ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, dass das Proletariat sich erhob. Historisch objektiv betrachtet kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Russland eingeleitet worden war, weiterführte und weitergetrieben hat, wie Clara Zetkin im Jahre 1913 urteilte.



Raimund Baytz

Erinnerungen an Hiroshima vor 75 Jahren

Am 8. August vor 75 Jahren wurde die Stadt Hiroshima durch die erste Atombombe auf einer Fläche von 13 Quadratkilometern dem Erdboden gleich gemacht; 78.000 Menschen verbrannten sofort, weitere 122.000 fielen den Folgen der Explosion zum Opfer. Drei Tage später wurde eine zweite US-Atombombe auf Nagasaki abgeworfen.



Hier starben mehr als 200.000 Menschen. Das Gedenken an die schrecklichen aber auch militärisch sinnlosen Atombombenabwürfe ist wichtig. Viel wichtiger noch ist es aber, bekannt zu machen, wie gefährlich die heutige Situation ist.

Nach dem Kalten Krieg hatten Russland und die USA zunächst vereinbart, Atomwaffen schrittweise zu verschrotten. Heute aber stecken alle Atommächte (allen voran die USA) unvorstellbare Summen in die Aufrüstung und Modernisierung der Nuklearwaffen. Die von den USA wesentlich bestimmte Atomstrategie der NATO zielt darauf ab, einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können.

Atomwaffen lagern auch in Deutschland: In Büchel in der Eifel. Eine große Bundestagsmehrheit hatte bereits im März 2010 gefordert, diese US-Kernwaffen abzuziehen. Keine der bisherigen Bundesregierungen ist bisher diesem Beschluss gefolgt. Stattdessen sollen bis Ende 2020 neue, modernere US-Atomwaffen in Büchel stationiert werden. Die Vernichtungswirkung und Zielgenauigkeit wurde um ein Vielfaches erhöht (!!!). Nicht nur ich fordere den umgehenden Abzug aus Büchel. Das wäre ein erster Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa und einer atomwaffenfreien Welt. Vergessen wir nicht: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter.

Falk Moldenhauer

Büchel dichtgemacht

Am Freitagmorgen um 6 Uhr haben Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) den Atomwaffenstützpunkt Büchel in Rheinland-Pfalz blockiert und alle drei Tore dicht gemacht. Kaum 30 Minuten später staute sich der Verkehr auch schon mehrere Kilometer. Kurz darauf trafen die Ordnungshüter ein und räumten friedlich nach und nach die Zugänge. Für einige Stunden war somit der Betrieb des Stützpunktes gestört bis die Verkehrslage sich schließlich beruhigt hat. Somit war die Aktion ein voller Erfolg und demonstrierte unseren Unwillen solche Waffen in unserem Land zu dulden.

Fabiano Pepe

Mensch dritter Klasse, das Jobcenter und ich

Meine Erfahrung(en) mit dem Jobcenter sind mittlerweile recht neutral. Vor allem, seit dem wir eine neue Betreuerin haben. Allerdings hatte ich nach meiner Realschulzeit einige negative Erlebnisse mit dem Jobcenter.

Nach meiner Realschulzeit wusste ich nicht ganz, in was für eine Richtung ich mich weiterbilden lassen sollte. Eine gewisse Vorstellung hatte ich schon, allerdings war das Jobcenter (bzw. mein damaliger Betreuer) nicht so hilfreich, mir mit einer Entscheidung zu helfen, die mir zum damaligen Zeitpunkt zugesagt hätte.

Ich wollte gerne was mit Tieren machen. In meiner Schulzeit hatte ich schon mehrere Praktika beim Tierarzt, und auch sonst habe ich mich immer gerne um Tiere gekümmert und mich auch mit ihnen auseinandergesetzt. Besonders im Biologieunterricht war ich immer ganz fasziniert, wenn das Thema von Tieren handelte.



Von diesem Wunsch wusste das Jobcenter. Allerdings wussten sie auch, wie schwierig es sein kann in diesem Bereich – besonders in der Tierpflege – einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Aber ihnen war es nicht wichtig, für mich einen passenden Ausbildungsplatz zu finden. Für das Jobcenter war es Priorität, mich in irgendeinen Beruf rein zu bekommen, egal ob's zu meinen Interessen passt oder nicht. Zumindest hat es sich so angefühlt.

Klar wurden von derem System ein bis zwei Ausbildungsplätze ausgeworfen, was zu meinen Interessen passen würde. Jedoch lagen diese Ausbildungsplätze sehr weit von meinem Heimatort entfernt. Aber es ist natürlich unmöglich, dass ich ausziehe um meine Traumausbildung abzuschließen. Nein, es muss vor Ort sein!

Schließlich kam zum Ende des Schuljahres die Aufforderung vom Jobcenter, mich bei verschiedenen Berufsschulen für irgend einen Ausbildungsplatz zu anmelden, auch wenn ich mich da nicht wohlfühlen würde. Ganz hoch angepriesen vom Jobcenter wurden Jobs wie Erzieher oder Pflegekräfte. Dass der Umgang mit Menschen ganz anders als mit Tieren ist, war dem Jobcenter anscheinend nicht klar. Dies wurde mit der Aussage von meinem damaligen Berater auch bestätigt:

“Es tut mir leid, dass ich das sagen muss, aber sie sind eine fette, faule, Sau!”

Ich habe mich im Umgang mit Menschen nicht wohlfühlt. Besonders, wenn's auf so einer persönlichen Ebene, wie bei einem Pflegejob, ist. Aber das persönliche Wohl ist für das Jobcenter anscheinend nur eine Nebensache. Hauptsache die Zahlen stimmen.

Ich wurde vom Jobcenter dann zum bzh [Berufsbildungszentrum des Handels; Anm. der Red.] für eine Berufsvorbereitende Maßnahme geschickt; wofür ich im Nachhinein auch sehr dankbar bin, da diese mir nicht nur mit meiner Berufsorientierung weitergeholfen hat, sondern auch meiner Persönlichkeit. Die Menschen dort haben einem nicht nur wirklich gut geholfen, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden, sondern sich auch menschlich weiterzuentwickeln und das Selbstbewusstsein zu stärken.

Ich bin zwar jetzt nicht in meinem damaligen Traumberuf gelandet; allerdings bin ich um einiges zufriedener als mit den Jobs, die mir das Jobcenter aufzwingen wollte.

Meinen damaligen, ziemlich unfreundlicher und irgendwie schon recht „asozialen“ Betreuer (im wahrsten Sinne des Wortes) muss ich zum Glück nicht mehr aushalten. Mittlerweile habe ich eine ziemlich freundliche Betreuerin, die ihr bestes gibt um mir zu helfen.

Robert Poke

Tönnies war kein Unfall

Die bei Tönnies zurecht kritisierten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Saisonkräfte sind Ergebnisse einer gewollten Politik. Die von Gerhard Schröder angekündigte Schaffung des Niedriglohnsektors war gewollt, um die deutsche Exportwalze in Bewegung zu setzen. Und sie hat funktioniert, auch in der Fleischindustrie. Tönnies hat so lediglich die Politik Schröders umgesetzt, von der er 2005 stolz verkündete: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, die es in Europa gibt.“

So ist sogar heute Tönnies selbst makabererweise zuzustimmen, wenn er sagt: „Wir haben uns immer an Recht und Gesetz gehalten. Wir wissen bis heute nicht, welchen Rechtsbruch wir begangen haben sollen. All die Kritiker haben bis dato eine einzige konkrete Aussage dazu getroffen.“ (IKZ, 20.07.20 bzw. Bielefelder Westfalenblatt, 20.07.20)

Ebenso ist die katastrophale Unterbringung der WerksarbeiterInnen bei Tönnies und anderen Firmen ebenso politisch gewollt und von den Führungsparteien rechtlich abgesichert und in der Arbeitsstättenverordnung festgeschrieben. Die Episode Tönnies und Corona stellt einem kurzen Abriss des deutschen und internationalen staatsmonopolistischen Kapitalismus dar bzw. verdeutlicht ihn. Eine Krähe hackt einer anderen kein Auge aus.

Uwe Moldenhauer

Seminare, ein Fest und weitere Subbotniks

In der Karl-Liebnecht-Schule, Leverkusen, geht es weiter

Die Kernsanierung des 90 Jahre alten Hauses der Karl-Liebnecht-Schule (KLS) der DKP in Leverkusen kommt gut voran und kann im Frühjahr 2021 abgeschlossen werden. Dies ist den zahlreichen Spender*innen und dem tatkräftigen Einsatz der Subbotnik-TeilnehmerInnen [Subbotnik = Freiwilliger Arbeitseinsatz, Anm. der Red.] zu verdanken. Koordiniert wird die Arbeit auf der Baustelle durch ein hochmotiviertes Kollektiv von Fachkräften aus den Reihen unserer Partei.



**Subbotnik-
HelferInnen &
Fachkräfte
gesucht!**

Um den erarbeiteten Standard nach Abschluss der Bauarbeiten zu sichern und den Betrieb der Schule zu organisieren, müssen langfristig Finanzmittel für den Unterhalt des Gebäudes und für den Personaleinsatz (Reinigung, Seminarorganisation, Technik) bereitgestellt werden. Dafür brauchen wir neue Mitglieder des Förderkreises „Erhaltet die Karl-Liebnecht-Schule“, die mit ihrer regelmäßigen Spende die Arbeit der Karl-Liebnecht-Schule unterstützen.

Trotz der Bauarbeiten finden im Herbst drei Seminare in der KLS statt. Am 17./18.10.2020 geht es um Fragen der Organisationspolitik der DKP und am 24./25.10.2020 werden Erfahrungen über betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe

ausgetauscht. Wie die neue Website dkp.de für die Arbeit in den Grundorganisationen genutzt werden kann, erfahren die TeilnehmerInnen am 7./8.11.2020.

Am 29.08.2020 (dem ehemals geplanten Pressefest-Samstag) laden wir von 17 bis 22 Uhr zum Fest in der KLS nach Leverkusen ein. Dann kann sich Jede/r ein Bild von den Baufortschritten im Haus machen. Es wäre sicher übertrieben, von einem kleinen Pressefest zu reden, allerdings ist ein politisches und kulturelles Programm organisiert und für gutes Essen und Trinken ist ebenfalls gesorgt. Um Anmeldung zu den Seminaren und der Fete wird gebeten: kls@dkp.de

<https://kls.dkp.de/>

Neuer Termin für das UZ-Pressesfest gefunden

Bis zum 31. August werden in diesem Land wegen der Corona-Pandemie keine Großveranstaltungen stattfinden. Der Beschluss der Bundesregierung trifft auch das 21. UZ-Pressesfest der DKP, das im August in Dortmund stattfinden sollte.



Die Gliederungen der DKP hatten bereits vor dem offiziellen Verbot von Großveranstaltungen über die Frage diskutiert, ob sich das Fest des Friedens und der Solidarität weiter organisieren und durchführen lässt. Die große Mehrheit der Gliederungen und der Genossinnen und Genossen hatten sich für eine

Verschiebung um ein Jahr ausgesprochen. Gesundheitliche Risiken für Gäste, Mitwirkende und Helferinnen und Helfer sprachen ebenso gegen ein Festhalten an dem Termin wie finanzielle Ängste durch gefährdete Jobs, Kurzarbeit und Probleme durch zwangsweise verbrauchte Urlaubstage.

Das Pressesfestteam setzte sich mit den Verantwortlichen des Revierparks zusammen und man fand einen neuen Termin, den 27.-29. August 2021. Denn eins ist sicher: Diese Zeit braucht unser Fest! Sie braucht ein großes Fest des Friedens und der Solidarität!

<https://pressefest.unsere-zeit.de>



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

NEUER TERMIN!

27. – 29. AUGUST 2021

Mitglied werden

Dich hat die DKP überzeugt und Du möchtest sehr gerne Mitglied werden? Das freut uns natürlich und wir halten das für eine sehr gute Entscheidung! Schneide einfach das Formular unten aus, fülle es aus und schicke es an: Deutsche Kommunistische Partei, Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen

Beitrittserklärung

Hiermit beantrage ich meine Aufnahme in die Deutsche Kommunistische Partei

Hiermit abonniere ich die UZ – Zeitung der DKP

Name Vorname

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

Telefon E-Mail

Beruf Geburtsdatum

Mitgliedschaft und Funktion in der Gewerkschaft / anderen Organisationen

Ich zahle laut Satzung monatlich Datum Unterschrift

Aufnahme durch die Mitgliederversammlung der DKP Gruppe Datum, Unterschrift Gruppenvorsitzende/r

Bitte einsenden an: DKP Parteivorstand, Hoffnungsstraße 18, 45127 Essen



Wir Genoss*innen aus dem MK werden dann informiert und können Dich zu einer der nächsten Mitgliederversammlungen einladen. Dort stellst Du Dich kurz vor und teilst uns mit, wie Du Dich in die Arbeit einbringen möchtest. Die Mitgliederversammlung kann Dich dann mit einfacher Mehrheit in die Partei aufnehmen.



„Die Volksrepublik China bietet an, mit allen Ländern einschließlich Russland die internationale Zusammenarbeit gegen die Epidemie zu verstärken, Erfahrungen von der Prävention und Kontrolle der Epidemie und zur Behandlung der infizierten Patienten zu teilen sowie gemeinsame Forschung zu betreiben, um gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen zu begegnen und die globale öffentliche Gesundheitssicherheit zu wahren.“

Xi Jinping, zitiert nach german.chinatoday.com.cn

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei – Märkischer Kreis



DKP Märkischer Kreis

Autoren dieser Ausgabe:

Raimund Baytz
Falk Moldenhauer
Uwe Moldenhauer
Fabiano Pepe
Robert Poke
Georg A. Fotiadis

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:

Georg A. Fotiadis